Das ganze Ausmaß der Lilienthaler Haushaltskatastrophe
–
Ein Vorabkommentar zu den Haushaltsberatungen 2014 bis 2017

Die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2014 bis 2017 stehen an. In den vergangenen Jahren fehlte den Lilienthaler Politikern der Mut, ernsthaft die dringend notwendige Haushaltssanierung anzugehen. Hier ein paar Streichungen, da noch ein paar Tausend Euro Einsparungen, das war es dann aber auch. Die Folge dieser Mutlosigkeit sind weiter steigende Haushaltsdefizite und eine Steigerung allein der Schulden des Kernhaushaltes um 45 % in den letzten 5 Jahren.

Die kommunale Politik hat durch Investitionsfehlentscheidungen, durch Steuergeldverschwendungen und durch ihre Mutlosigkeit, Fehlentwicklungen zu korrigieren, den Lilienthaler Haushalt in einen desolaten Zustand manövriert und damit die dauerhafte Leistungsfähigkeit dieser Gemeinde in Gefahr gebracht. Einst eine wohlhabende Gemeinde, gehört Lilienthal heute zu den höchstverschuldeten Gemeinden in Niedersachsen. Eine nahezu ausweglose Situation, die von der Verwaltungsspitze und den im Gemeinderat vertretenen Parteien immer noch ignoriert wird.

Die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

Seit Jahren nun lassen der Landkreis als Aufsichtsbehörde und das Rechnungsprüfungsamt Osterholz keinen Zweifel daran, dass die Gemeinde Lilienthal kein Einnahmenproblem hat, sondern ein Ausgabenproblem, und warnen die Gemeinde davor, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht mehr gewährleistet werden kann.

Verwaltung und Gemeinderat beklagen, die Kommunen, auch die Gemeinde Lilienthal, seien unterfinanziert.

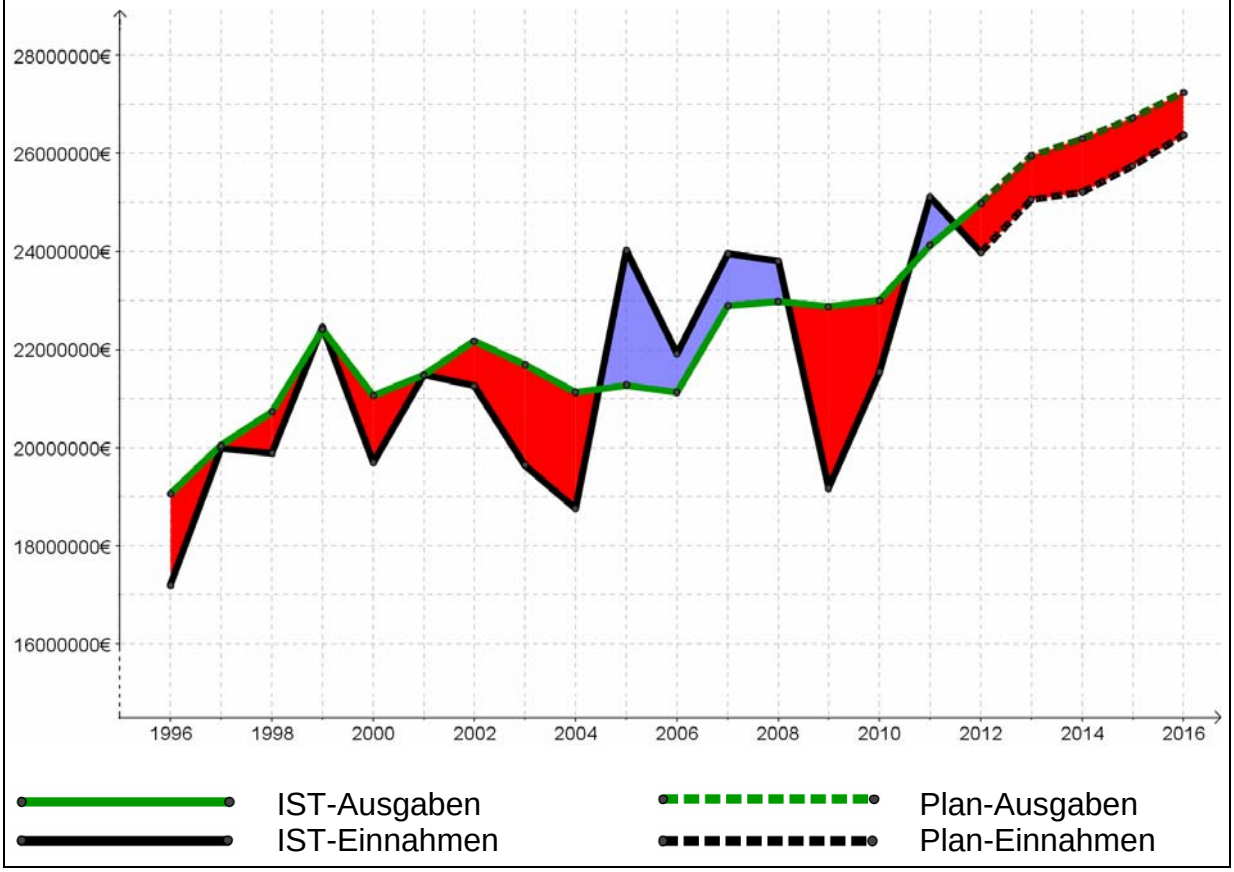
Die Wirklichkeit sieht anders aus! Der Bund rechnet 2013 mit Einnahmen von 615 Milliarden €. 2000 waren es noch 467 Milliarden €. Auch die Länder und die Kommunen dürfen sich über steigende Einnahmen freuen.

Die Einnahmen in Lilienthal sind im Zeitraum 1996 bis 2012, also in 16 Jahren, um 6,786 Mio. € gestiegen, pro Jahr somit im Durchschnitt um 424.094 €. Zum 31.12.2012 betrugen die Einnahmen **23,976 Mio. €**. Im Planungszeitraum 2013 bis 2016 sollen die Einnahmen sogar um 597.009 € im Durchschnitt jährlich steigen und würden damit zum 31.12.2016 auf den Höchststand von **26,364 Mio. €** klettern.

Im gleichen Zeitraum 1996 bis 2012 stiegen aber auch die Ausgaben, die sich ohnehin schon auf einem hohen Niveau befanden, nochmals um 5,931 Mio. €, also jährlich im Durchschnitt um 370.688 €. Zum 31.12.2012 betrugen die Ausgaben **24,986 Mio. €**. Im Planungszeitraum 2013 bis 2016 sollen die Ausgaben nochmals deutlich steigen, nämlich durchschnittlich um 563.488 € pro Jahr, und würden sich damit zum 31.12.2016 auf **27,240 Mio. €** vergrößern.

Diese Ausgabenpolitik der Gemeinde führt zu erheblichen Gesamthaushaltsdefiziten und treibt die Schulden in exorbitante Höhen.

Einnahmen/Ausgaben seit 1996 (Quelle: Gemeinde Lilienthal)



Nun sind diese in der Grafik dargestellten Zahlen der Ausgaben geschönt. Geschönt, weil dringend notwendige Sanierungsaufwendungen für Gebäude und Straßen nicht ausgeführt und in die Zukunft verschoben wurden.

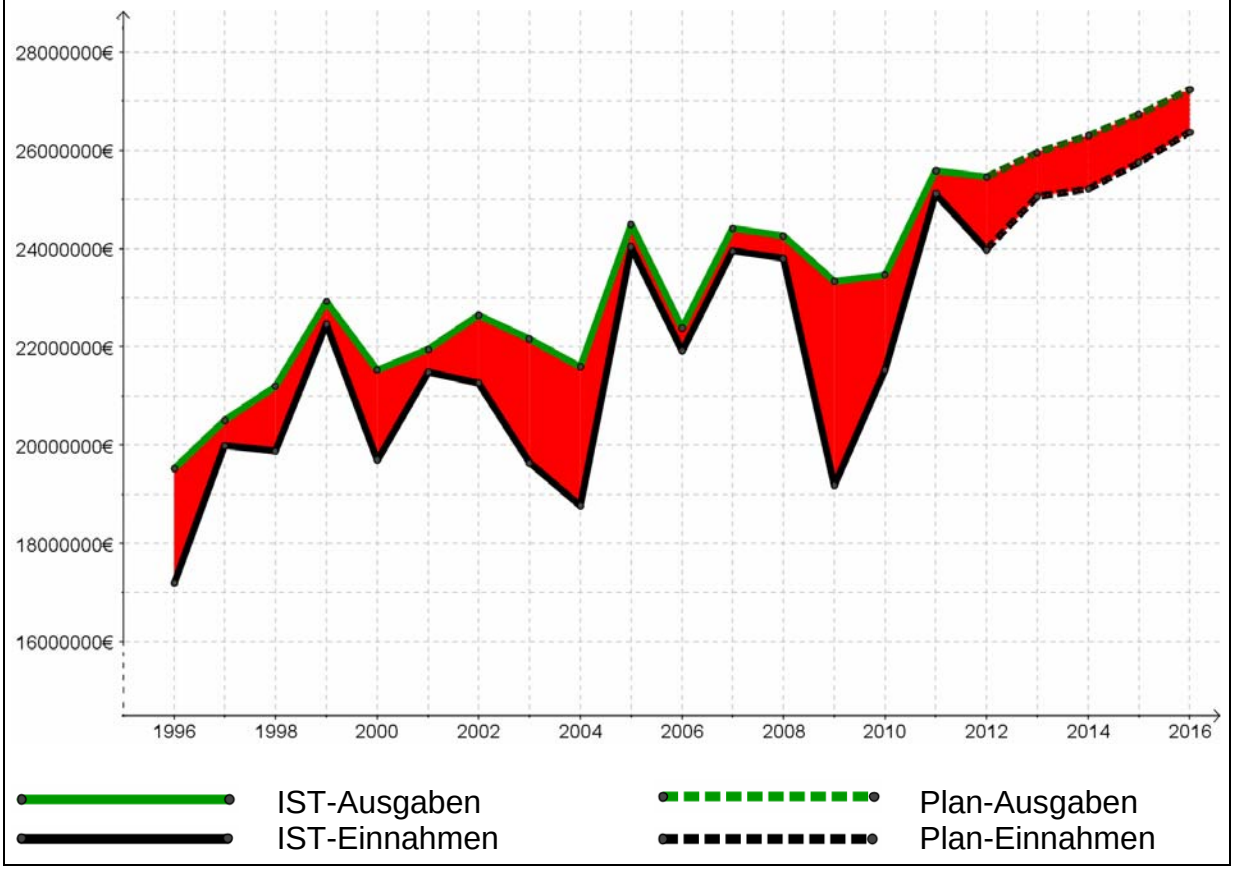
Da fallen insbesondere die Aufwendungen für unterlassene Straßensanierungen mit insgesamt **14.344.924 €** auf. Allein die unterlassenen Straßensanierungsaufwendungen der Kategorie A mit 10.985.048 € machen den Löwenanteil aus. Kategorie A meint, dass die Verkehrssicherheitspflicht fast gefährdet und die Sanierung dringlich ist.

Um die Dramatik der wirklichen Haushaltssituation darzustellen, muss man die von der Verwaltung genannten Ausgabenwerte im Zeitraum 1996 bis 2012 fiktiv zumindest um die unterlassenen Straßensanierungsausgaben erhöhen, wenn man unterstellt, dass diese sofort als Aufwand zu buchen und nicht zu aktivieren sind.

Die nachfolgende Grafik der so bereinigten Überschüsse und Defizite aus den Jahren 1996 bis 2012 dokumentiert die Dramatik der Haushaltssituation in Lilienthal eindrucksvoll.

Unter Berücksichtigung dieser fiktiv einbezogenen bisher unterlassenen Straßensanierungsarbeiten hätte die Gemeinde Jahr für Jahr nur Defizite erwirtschaftet und nicht, wie von der Verwaltung fälschlicherweise dargestellt, auch nur in einem einzigen Jahr einen positiven Haushalt vorlegen können.

Einnahmen/Ausgaben 1996 bis 2012, bereinigt um die unterlassenen Sanierungsarbeiten (Quelle: Gemeinde Lilienthal)

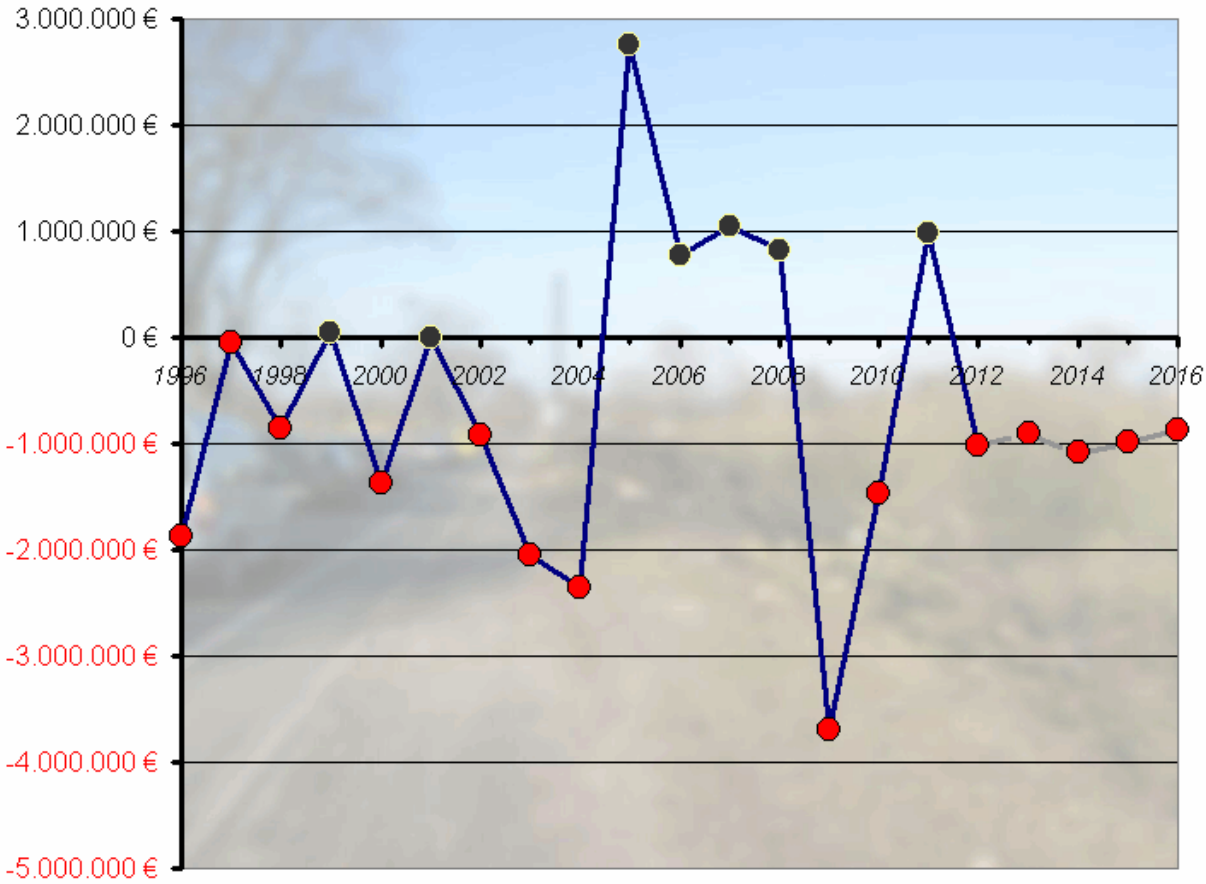


Die jährlichen Haushaltsergebnisse

Seit 1996 bis 2012 erwirtschaftet die Gemeinde mit wenigen Ausnahmen Jahr für Jahr nur Haushaltsdefizite, im Durchschnitt jährlich **538.645 €**, und verstößt damit seit Jahren gegen gesetzliche Bestimmungen des NKomVG. Der § 110 NKomVG schreibt vor, dass der Haushalt einer Kommune mit einem ausgeglichen Ergebnis abschließen muss.

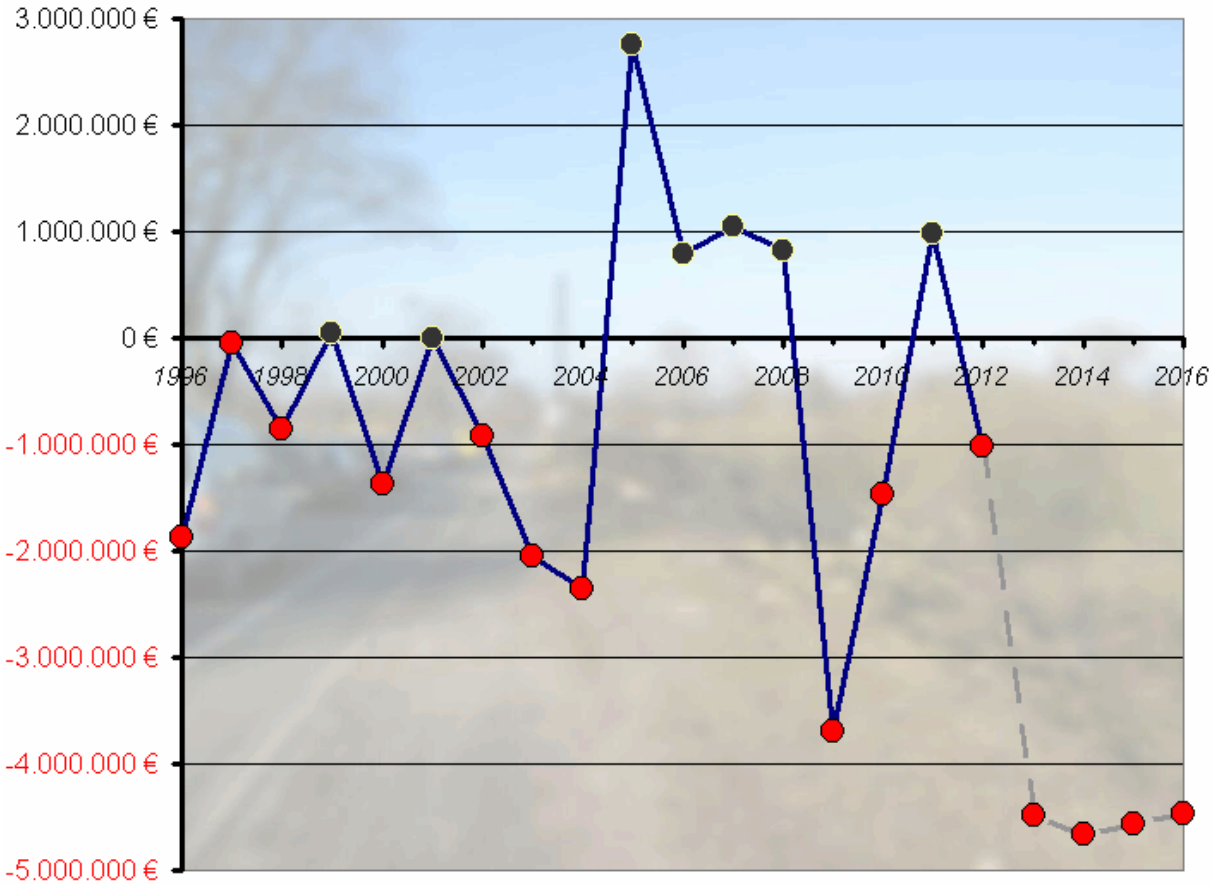
Im Planungszeitraum 2013 bis 2016 wird es dann noch dramatischer, die Defizite sollen im Durchschnitt jährlich sogar um **958.050 €** steigen.

Offizielle Haushaltsergebnisse (Quelle: Gemeinde Lilienthal)



Da die Gemeinde Straßensanierungsaufwendungen in der Größenordnung von 14,345 Mio. € vor sich herschiebt und diese Sanierungsarbeiten in der Zukunft unausweichlich sind, würden die Haushaltsdefizite dramatisch steigen. Wenn man unterstellt, diese Sanierungsarbeiten würden im Zeitraum 2013 bis 2016 durchgeführt, dann würden die durchschnittlichen jährlichen Defizite in diesem Zeitraum 4,544 Mio. € betragen.

Haushaltsergebnisse, um die Straßensanierungsarbeiten bereinigt (Quelle: Gemeinde Lilienthal)



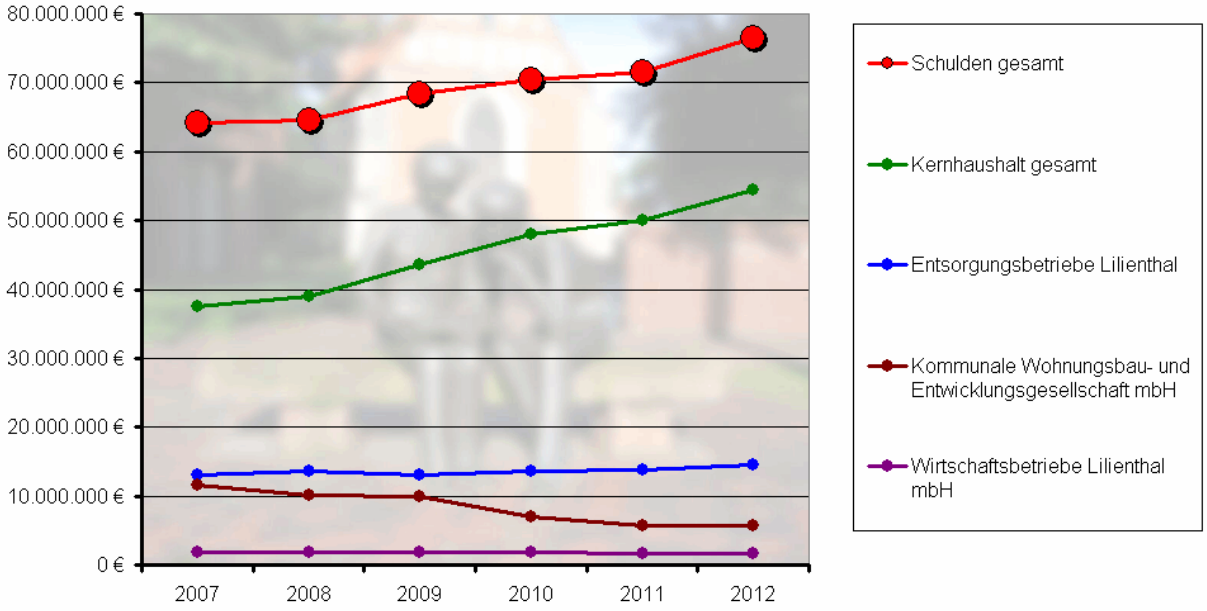
Durch zu hohe Ausgaben und unnötige Großinvestitionen zum Schuldenberg von ca. 95.000.000 €

Die Gemeinde Lilienthal ist zum 31.12.2012 mit 76.416.410 € verschuldet. Die Lilienthaler Bürger tragen heute schon eine mehr als viermal so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie der Durchschnitt aller Bürger in Niedersachsen. Niemand in der Lilienthaler Verwaltung und auch kein Lilienthaler Politiker will sagen, wie dieser Schuldenberg jemals abgebaut werden soll. Fest steht, viele Generationen werden daran schwer zu tragen haben, und diese Generationen werden nicht nur mit weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen rechnen, sondern auch auf viele Leistungen der Gemeinde verzichten müssen.

Die Verwaltung nennt stets nur die Schulden des Kernhaushaltes. Warum verschweigt die Verwaltung die Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften? Die Eigenbetriebe (Entsorgungsbetriebe Lilienthal) und die Eigengesellschaften (Wirtschaftsbetriebe Lilienthal GmbH und Kommunale Wohnungsbau- und Entwicklungsgesellschaft Lilienthal GmbH) gehören zu 100 Prozent der Gemeinde Lilienthal. Die Gemeinde bürgt für die Schulden dieser Eigenbetriebe und Eigengesellschaften. Ohne Bürgschaft durch die Gemeinde würden diese Betriebe keinen einzigen Euro Kredit von Banken bekommen. Die Betriebe verfügen über kein eigenes Verwaltungspersonal, die Aufgaben dieser Betriebe leisten die Mitarbeiter

der Gemeindeverwaltung. Die Kosten dieser Dienstleistung berechnet die Verwaltung an ihre Eigenbetriebe und Eigengesellschaften.

Entwicklung der Gesamtschulden der Gemeinde Lilienthal bis zum 31.12.2012 (Quelle: Gemeinde Lilienthal)



Die in der Grafik ausgewiesenen Schulden in Höhe von 76,416 Mio. € entsprechen aber nicht dem wirklichen Stand der Schulden. Berücksichtigt man zumindest die bisher unterlassenen Straßensanierungskosten der Kategorie A mit ca. 10,9 Mio. €, die geplanten Investitionsaufwendungen mit ca. 4,0 Mio. € und die voraussehbaren strukturellen Defizite der Planjahre 2013 bis 2016 mit ca. 3,8 Mio. €, könnte sich sogar eine Schuldensumme von ca. 95.000.000 € bis zum Jahr 2016 aufbauen. Dabei sind dann nicht einmal die Mehrkosten der Linie 4, die sich durch die Insolvenz der Firma Walthelm noch deutlich erhöhen werden, berücksichtigt und auch keine weiteren bereits geplanten und verabschiedeten Investitionen z.B. für den Kindergarten Wümmekieker.

Die Beschwichtigungen des Bürgermeisters und der politischen Parteien, Lilienthal würde ja mit knapp 119 Mio. € über ein doppelt so hohes Vermögen im Verhältnis zu den Schulden in Höhe von 56,5 Mio. € verfügen, ist unerträglich und eine Verdummung der Bevölkerung.

Mit dieser Aussage und dem Hinweis, dass Lilienthal immer noch ein Eigenkapital von mehr als 36 Mio. € zur Verfügung hätte, will es der Kreisdezernent Werner Schauer offensichtlich unserem Bürgermeister Willy Hollatz gleichtun und die Bürger Lilienthals beruhigen.

Vermögen ist aber nicht gleich Vermögen. Wirtschaftsunternehmen können ihr Vermögen (Fabrikhallen, Bürogebäude, Maschinen und Einrichtungen) in schwierigen wirtschaftlichen Situationen oder im Falle der Insolvenz, wenn vielleicht auch mit Abschlägen, verkaufen.

Das Vermögen einer Kommune besteht im Wesentlichen aus nicht verkäuflichen Vermögensgegenständen. Wer will die Straßen einer Kommune kaufen, es sei denn, der Käufer erhielte das Recht, den Bürgern bei Nutzung Wegezoll berechnen zu dürfen? Wer will eine Schule kaufen oder das Rathaus? Das Vermögen einer Kommune gleicht einem Papiertiger.

Das heißt nichts anderes, als dass die Bürger für die gesamten Schulden (Schulden des Kernhaushaltes, Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften) einer Gemeinde gerade stehen müssen, unabhängig davon, ob auf dem Papier (der Bilanz) Eigenkapital ausgewiesen ist oder nicht.

Bürgermeister Hollatz und die politischen Parteien verschweigen, dass die Gemeinde Lilienthal bei einem Schuldenstand von ca. 95 Mio. € mindestens 95 Jahre für die Rückzahlung brauchte, wenn man unterstellt, dass in diesen 95 Jahren die Gemeinde in keinem Jahr Defizite erwirtschaftet und in jedem dieser 95 Jahre mindestens 1 Mio. € Gewinn erzielt wird. Nur unter dieser Bedingungen wäre eine Rückzahlung der Schulden in diesen 95 Jahren denkbar. Aber diese Annahme ist bei den Lilienthaler Verhältnissen absolut unrealistisch.

Der hohe Schuldenstand der Gemeinde Lilienthal ist auch deshalb so verhängnisvoll, weil die Gemeinde trotz der extrem niedrigen Zinsen Jahr für Jahr ca. 2,8 Mio. € Zinsaufwendungen an die Banken zu zahlen hat. Allein für die Schulden des Kernhaushaltes waren im Jahr 2012 insgesamt 1,984 Mio. € für Zinsaufwendungen geplant, das macht ca. 8% der Einnahmen des Kernhaushaltes aus und entzieht der Gemeinde damit wichtige Mittel für die Pflicht- und freiwilligen Leistungen.

Immerhin räumt Kreisdezernent Werner Schauer ein: „Ein strikter Sparkurs und der Schuldenabbau sind unabdingbar."

Was sind die Ursachen für die hohe Verschuldung der Gemeinde Lilienthal?

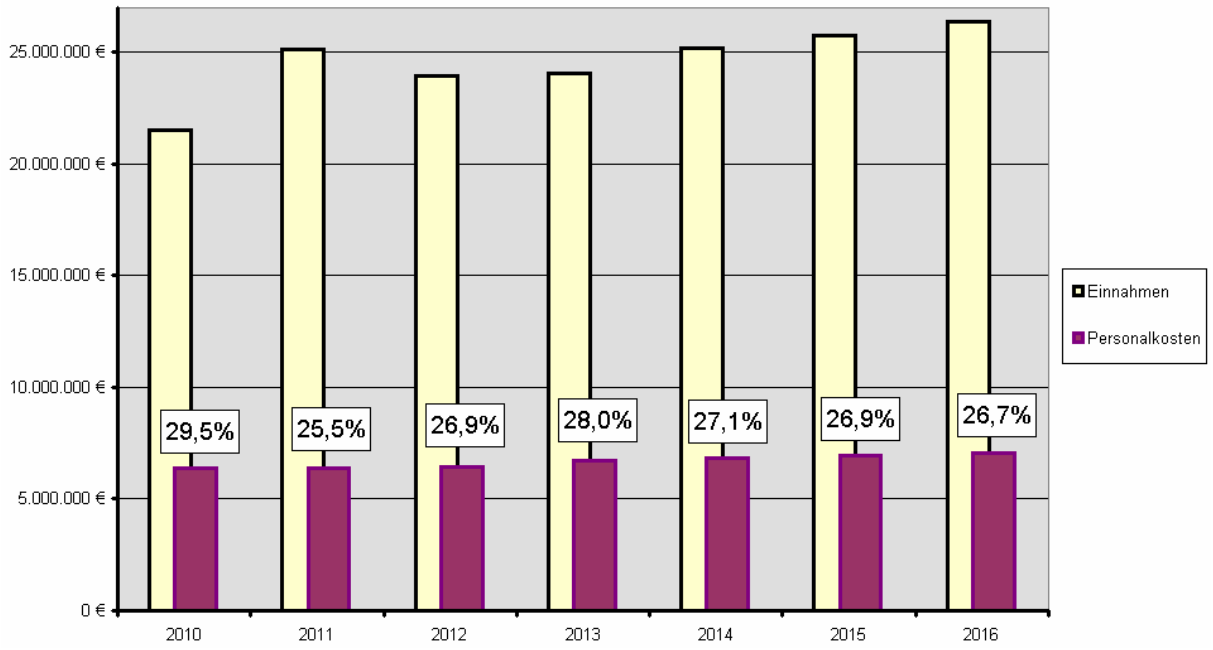
Nicht die zu geringen Einnahmen sind das Problem dieser Gemeinde, sondern die zu hohen Ausgaben, so kommentiert Jahr für Jahr der Landkreis den Lilienthaler Haushaltsentwurf. Lilienthal ist eine Gemeinde mit einer hohen Steuerkraft im Vergleich zu anderen Gemeinden.

Die undisziplinierte Ausgabenpolitik ist das Problem!

Allein die Personalkosten der Verwaltung mit 6.731.200 € machen mehr als ein Viertel des gesamten Einnahmenhaushaltes aus (Einnahmen 2013, Ansatz 25.054.000 €). Es hat keinen Sinn, wenn jede Gemeinde alle Aufgaben einer Gemeinde vorrätig hält. Nachbargemeinden müssen Aufgaben zusammenlegen, zum Beispiel das Gebäudemanagement, den Bauhof oder die Datenverarbeitung und anderes mehr. Worpswede und Grasberg haben es vorgemacht und die Standesämter zusammengelegt. Lilienthal hat sich mit der Entscheidung schwer getan, das Lilienthaler Standesamt aufzugeben und in die Arbeitsgemeinschaft mit Worpswede und Grasberg einzubringen. Der Druck, Kosten einsparen zu müssen, hat den Lilienthaler Gemeinderat bewogen, dann doch für eine Zusammenlegung zu stimmen.

Aber damit darf es die Gemeinde nicht bewenden lassen, sie muss nun aktiv weitere Zusammenlegungen von Aufgaben mit anderen Gemeinden prüfen und dann auch kurzfristig umsetzen.

Personalkostenentwicklung (Quelle: Gemeinde Lilienthal)



Ein zweites Beispiel sind die Kosten für das Hallenbad. Das Hallenbad Lilienthal erwirtschaftet seit Jahren dramatische Verluste, geschätzt von ein paar Hunderttausend Euro, und dies Jahr für Jahr. Diese Verluste haben sich in den letzten 10 Jahren auf einen Millionenbetrag angesammelt. Bedauerlicherweise gibt weder die WBL noch die Gemeindeverwaltung die exakten Daten an die Öffentlichkeit. Die öffentliche Transparenz wird hier mit Füßen getreten.

Das Hallenbad ist inzwischen in die Jahre gekommen und kann nur durch regelmäßig anfallende Sanierungsarbeiten betriebsbereit gehalten werden. Darüber hinaus entspricht dieses Bad in keiner Weise mehr den Anforderungen an ein modernes Sport-, Freizeit- und Vergnügungsbad. Es gibt Vorschläge, wie die Kosten deutlich reduziert werden könnten. Wenn diese Vorschläge nicht umzusetzen sind, weil politisch nicht gewollt, bleibt der Gemeinde nichts anderes übrig, als dieses Hallenbad zu schließen.

Ein drittes Beispiel sind die Ausgaben für unsere Kindergärten und Schulen.

Lilienthal unterhält insgesamt 15 Kindergärten in der Trägerschaft der Gemeinde oder in freier Trägerschaft und 6 Grundschulen. Für die Kindergärten waren Ausgaben in 2012 in Höhe von 2,028 Mio. € geplant, für die Grundschulen insgesamt ca. 850.000 €.

Die Geburtenzahl ist in Deutschland auf einem Rekordtief angekommen. In 2011 kamen 663.000 Kinder lebend zur Welt, 2,2% weniger als 2010, und das waren noch

nicht einmal halb so viele wie 1996. Damals wurden knapp 1,4 Millionen Babys in Deutschland geboren.

Die Fallstudie „Demografischer Wandel in der Gemeinde Lilienthal“ von März 2008, die von der Gemeindeverwaltung in Auftrag gegeben wurde, kommt hinsichtlich des demografischen Wandels bis zum Jahr 2020 zu folgendem Ergebnis:

Zitat: ....“*Danach ist vor allem nach 2012 mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Auslastung der Kindergartenplätze zu rechnen, der sich in Seebergen mit einem Einbruch um nahezu 40 % bis 2021 am stärksten auswirken würde. Die übrigen Ortsteile verlieren etwa zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Kinder im Kindergartenalter. Schon heute liegt die Anzahl der betreuten Kinder mit 514 deutlich unter dem Höchststand von 590 im Kindergartenjahr 2002/2003. Angesichts der bereits ausführlich beschriebenen demografischen Prozesse ist nicht davon auszugehen, dass sich die rückläufige Tendenz langfristig wieder nachhaltig umkehren wird.*“

Zitat: ...“*In den kommenden Jahren ist an allen Grundschulstandorten mit einem spürbaren Rückgang der Grundschülerzahlen in Lilienthal zu rechnen. Aufgrund der ohnehin niedrigen Schülerzahlen sind die schon bisher einzügigen Standorte in besonderem Maße von diesen Entwicklungen betroffen.*“

Die Gemeindeverwaltung berichtete in der Wümme-Zeitung am 09.12.2010, dass es für 2012 nach den momentan vorliegenden Zahlen noch 172 Einschulungen in den Grundschulen gibt, und für 2013 geht man von 156 Kindern aus. Im Jahr 2016 wird es wahrscheinlich nur noch 126 Abc-Schützen geben. Davon würden 43 Mädchen und Jungen in die Schroeterschule und 26 in die Grundschule Falkenberg eingeschult. 18 entfallen auf Trupermoor, 19 auf Worphausen, 16 auf Frankenburg, und nur noch 4 Kinder sind für Seebergen vorgesehen.

All diese Studien und Untersuchungen zeigen, dass die Gemeinde Lilienthal in der Zukunft sowohl im Kindergartenbereich als auch im Grundschulbereich von deutlichen Überkapazitäten ausgehen muss.

Die Gemeinde Lilienthal wird nicht umhin kommen, sich dem demografischen Wandel zu stellen und die Bevölkerung darauf vorzubereiten, dass auch in Lilienthal eine Reduzierung der Anzahl der Kindergärten und Grundschulen durch Zusammenlegung nicht zu verhindern ist. In Lilienthal sträuben sich die politischen Parteien, diesen Anpassungsprozess an den demografischen Wandel voranzutreiben, weil sie schon wieder die nächste Wahl im Blick haben.

Andere Städte und Gemeinden haben sich dieser demografischen Entwicklung nicht entzogen und sind längst tätig geworden. Die Stadt Schortens mit 20.719 Einwohnern (Lilienthal 18.347 in 2010) unterhält 8 Kindergärten, Lilienthal dagegen 15. In Lilienthal gründete man eine Arbeitsgruppe, die dann ihre Arbeit sofort einstellte, als sich abzeichnete, dass auch in Lilienthal aufgrund des demografischen Wandels möglicherweise Grundschulen und Kindergärten zusammengelegt werden müssen. Den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe fehlte der Mut, den Bürgern ihre Erkenntnis über die Überkapazitäten in Grundschulen und Kindergärten in Lilienthal vorzutragen und notwendige Konsequenzen aufzuzeigen. Um den Schein zu wahren, man würde sich weiterhin ernsthaft dieses Themas annehmen, gründete man schnell eine neue

Arbeitsgruppe. Greifbare Ergebnisse gibt es bisher nicht, bestenfalls Absichtserklärungen, alles so zu belassen, wie es schon immer war.

Ein viertes Beispiel sind die auf die Gemeinde Lilienthal durch die Inbetriebnahme der Straßenbahn Linie 4 zukommenden Betriebs- und Folgekosten. Schätzungsweise werden diese Kosten drei- bis viermal so hoch sein wie die Betriebskosten für die Buslinien 30/630/670, und diese Mehrkosten werden den jährlichen Haushalt auf Jahrzehnte hin zusätzlich dramatisch belasten.

Unnötige Investitionen – ein paar Beispiele:

In Lilienthal entscheiden die im Gemeinderat sitzenden Parteien vornehmlich nach Bauchgefühl oder aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung. Die Faktenlage blenden die Gemeinderatsmitglieder aus oder verstecken sich bei kritischem Hinterfragen hinter der Aussage: „Wir sind nur Feierabendpolitiker und können nicht überall fachkompetent sein."

Beispiel 1: Die Grundschule in Frankenburg wurde für ca. 1.000.000 € gebaut, obwohl allen Ratsmitgliedern damals bereits bekannt war, dass die Schülerzahlen aufgrund des demografischen Wandels sinken werden, ein Wahlgeschenk an die Bürger, die das nun heute teuer bezahlen müssen.

Beispiel 2: Die Erweiterung der Ostland-Turnhalle für 585.000 € war unnötig, machte sich aber gut bei den Wählern.

Beispiel 3: Der Kindergarten Wümmekieker muss her, der alte Kindergarten ist „abgängig", wie die Amtssprache es formuliert, komme, was da wolle, und dafür sind ca. 2,5 bis 3,0 Mio. € eingeplant, obwohl erst hätte geprüft werden müssen, ob die Gemeinde aufgrund des demografischen Wandels diesen Kindergarten in der Zukunft noch benötigt. Es wurde auch nicht geprüft, ob man mehrere Kindergärten zusammenlegen kann.

Beispiel 4: Ein Feuerwehrrüstwagen für über 460.000 € ist nach Inbetriebnahme der Linie 4 geplant, für eine Schienen-Strecke von gerade einmal 4,5 km. Eine Investition, die nicht nötig gewesen wäre, hätte man auf das Projekt Linie 4 verzichtet und sich für den Ausbau der fahrgaststarken Buslinien 30/630/670 entschieden.

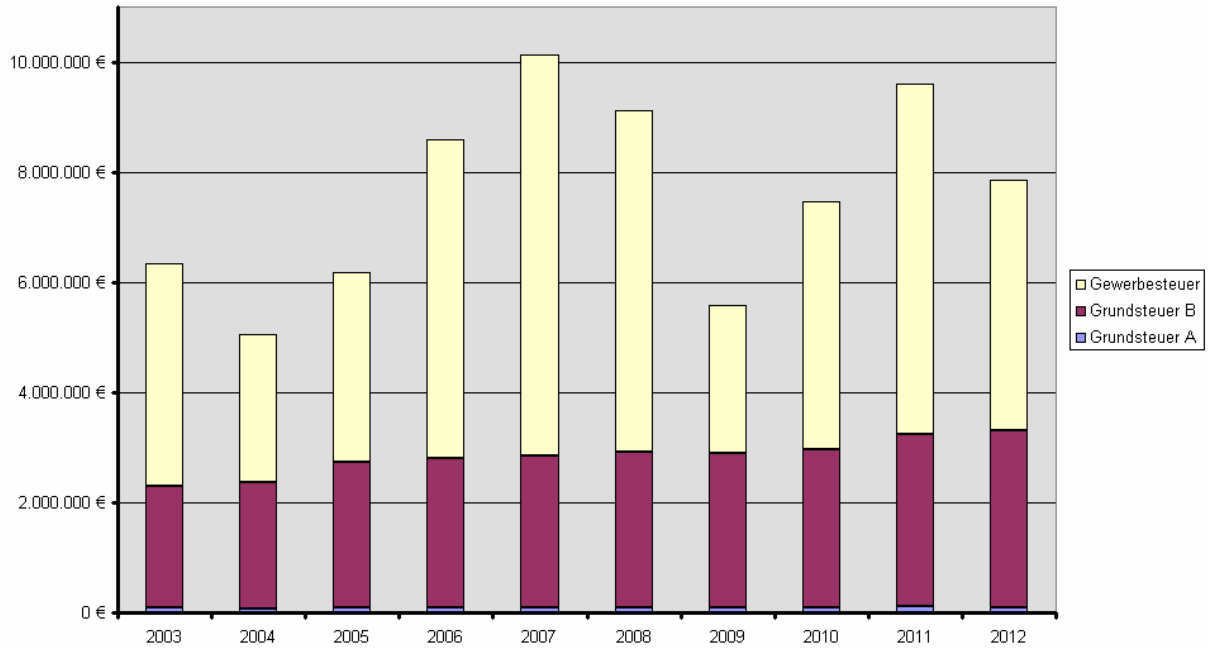
Bespiel 5: Mit Stolz verkünden Bürgermeister Willy Hollatz und die Mitglieder des Gemeinderates, dass sämtliche neuerschlossenen Gewerbeflächen nun verkauft seien und sich die Ansiedlungen von Gewerbeunternehmen somit außerordentlich erfreulich entwickelt hätte. Die SPD-Fraktion fordert auch gleich, man müsse jetzt sofort neue Gewerbeflächen erschließen.

Zielgerecht wäre es allerdings, wenn sich Bürgermeister Willy Hollatz und alle Ratsfraktionen einmal die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen ansehen würden. Die Gewerbesteuereinnahmen in Lilienthal schwanken nicht nur von Jahr zu Jahr erheblich, sondern bedauerlicherweise sinken die Einnahmen. Diese Entwicklung passt nun überhaupt nicht zu der Vielzahl von neuerschlossenen Gewerbeflächen und zu der Vielzahl von Neuansiedlungen von Firmen. Auch bei der Neuerschließung von Gewerbeflächen gilt, dass in der Folgezeit neue Kosten für die Gemeinde durch

den Unterhalt der Straßen anfallen. Die Gemeinde wäre gut beraten, endlich zu prüfen, welche Gründe es für diese erhebliche Diskrepanz zwischen der Neuerschließung von Gewerbeflächen und Neuansiedlung von Gewerbebetrieben auf der einen und die Abnahme der Gewerbesteuereinnahme auf der anderen Seite gibt.

Diese stagnierende bzw. sogar sinkende Gewerbesteuereinnahmesituation in Lilienthal passt nun überhaupt nicht zur Gesamtentwicklung in Deutschland. 2012 haben Städte und Gemeinden so hohe Einnahmen wie noch nie aus der Gewerbesteuer erzielt. Und 2013 wird es wohl auch einen Geldregen geben. Der Grund für diese Gewerbesteuer-Rekordeinnahmen für die Kommunen ist die robuste Konjunktur.

Gewerbesteuereinnahmen (Quelle: Gemeinde Lilienthal)



Beispiel 6: Die Linie 4 wurde für ca. 60.000.000 € gebaut, wovon Lilienthal 10 % zu zahlen hat, obwohl Lilienthal über ein modernes und ausbaufähiges ÖPNV-System, den Buslinien 30/630/670, verfügte.

Gerade wurde bekannt, dass sich der Bau der Linie 4 nochmals um ca. 2,8 Mio. € verteuern wird. Von diesen 2,8 Mio. € muss Lilienthal nicht nur 10 % der Kosten übernehmen, sondern 800.000 €, und die Verwaltung bleibt die Erklärung schuldig, was zu diesen Mehrkosten geführt hat und aus welchem Grund Lilienthal plötzlich mehr als 10 % zahlen muss. Und jetzt auch noch das Desaster der Insolvenz der Baufirma Walthelm. Die Verwaltung der Gemeinde Lilienthal erklärt nun, dass ganz sicher die Kosten allein durch diese Insolvenz weiter steigen werden, kann oder will eine Größenordnung dieser Mehrkosten nicht nennen, und sie will auch nicht erklären, wie diese Mehrkosten zu finanzieren sind.

Die Experten gehen davon aus, dass der gesamte Schienenkörper in ca. 15 Jahren erneuert werden muss, das sind Erfahrungswerte. Die Kosten dafür hat Lilienthal allein zu tragen, Zuschüsse vom Bund und Land sind dann ausgeschlossen. Bis

dahin wird die Gemeinde Lilienthal nicht auch nur einen einzigen Euro an Schulden für die aufgewendeten anteiligen Investitionskosten der Linie 4 abgetragen haben.

Die Kritiker der Linie 4 sagen, die Straßenbahn war so unnötig wie ein Kropf. Der Bürgermeister behauptet dagegen, dass durch die Linie 4 Lilienthal so attraktiv geworden ist, ein Neubaugebiet nach dem anderen erschlossen werden musste und weitere erschlossen werden sollen, um dem Zuzug der „vielen“ Neubürger gerecht zu werden. Mit Glanz in den Augen verkündet Bürgermeister Hollatz, in Lilienthal sei ein Bauboom durch die Linie 4 ausgebrochen. Aber wie sieht die Wirklichkeit denn nun aus? Von 1999 bis zum Jahr 2012 hat die sich die Bevölkerung in diesen 13 Jahren gerade einmal um 1.053 Bürger vergrößert. Das ist ein Wachstum der Bevölkerung im Durchschnitt pro Jahr von 81 Neubürgern bzw. ein Wachstum von 0,5 %, und das trotz der vielen erschlossenen Neubaugebiete.

Der Bürgermeister lässt auch hier unerwähnt, dass das Erschließen von Neubaugebieten in der Zukunft allein durch den Unterhalt der Straßen erhebliche Folgekosten nach sich zieht.

Aber selbst wenn Lilienthal ein Baugebiet nach dem anderen ausweist, werden damit der demografische Wandel und seine negativen Auswirkungen auf das Bevölkerungswachstum und die Bevölkerungsstruktur nicht aufzuhalten sein. Die Gemeinde Lilienthal wäre gut beraten, sich auf diese Veränderung einzustellen und nicht der Versuchung zu erliegen, man könne durch den Ausweis von Einfamilienhaussiedlungen diese Entwicklung umkehren.

Diese Politik der ungebremsten Ausweitung von Baugebieten mit der Hoffnung auf ein Wachstum der Bevölkerung folgt dem Max-Bahr-Syndrom. Diese Baumarktkette hoffte durch eine ungebremste Rabattaktionen, den Umsatz, komme, was da wolle, nach oben zu treiben, und rutschte damit unweigerlich in die Insolvenz.

Bevölkerungsentwicklung (Quelle: Gemeinde Lilienthal)

Fazit:

Bürgermeister Willy Hollatz hat sein Amt als Bürgermeister einmal angetreten mit dem Versprechen, die Haushaltskonsolidierung in den Vordergrund seiner Tätigkeit stellen zu wollen.

In einem Bericht der Wümme-Zeitung vom 21.05.2004 sagt Willy Hollatz: „*Kommunalpolitik bedeute immer häufiger die Verwaltung des Mangels. Deshalb werde die Haushaltskonsolidierung der Gemeindefinanzen in den nächsten Jahren die zentrale Aufgabe sein. Nur so kann für die künftigen Generationen der Spielraum für wichtige Politikfelder geschaffen werden. Von einer Finanzpolitik der vergangenen Jahre, die vielfach von dem Faktor Hoffnung getragen wurde, müssen wir endlich zu einer realistischen Haushaltspolitik kommen. Entscheidungen hinter verschlossenen Türen, wie in diesem Jahr zum Thema Einnahmeverbesserungen oder hektischer Aktionismus zu den jährlichen Haushaltsberatungen, müssen der Vergangenheit angehören, stellt Hollatz klar. Nur wer Haushaltskonsolidierung als Daueraufgabe begreife, könne Lilienthal wieder auf einen soliden Kurs bringen. Ich kann und will mich für eine solche Neuausrichtung einsetzen. Augenmaß und Umsicht sind dabei für ihn zentrale Punkte, um ein zukunftsfähiges Lilienthal gestalten zu können.*“

Was wurde von diesen Versprechungen umgesetzt? Statt Haushaltskonsolidierung gibt es seit Jahren nur tief rote Haushaltsabschlüsse in Lilienthal. Die Schulden sind dramatisch gewachsen, allein in den letzten 5 Jahren sind die Schulden des Kernhaushaltes um 45 % gestiegen. Das Politikmuster von Entscheidungen hinter verschlossenen Türen wurde durch diesen Bürgermeister perfektioniert. Eine Neuausrichtung hat nicht stattgefunden, und weder der Bürgermeister noch die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien wollen oder können uns Bürgern sagen, wie es weitergehen soll!

Steuer- und Abgabenerhöhungen zur Verbesserung der Einnahmen dürften auszuschließen sein, weil Lilienthal bereits seit Jahren zu den Gemeinden in Niedersachsen mit den höchsten Steuern und Abgaben gehört.

Was bleibt, ist die Einsicht, dass in den nächsten Jahren sämtliche nicht durch Gesetz vorgegebenen Investitionen (bauliche Maßnahmen durch die Inklusion als Beispiel) gestrichen werden müssen. Darüber hinaus sind die jährlichen Ausgaben, unabhängig ob Pflicht- oder freiwillige Aufwendungen, deutlich und nachhaltig zu reduzieren. Dieser Verpflichtung können sich die Mitglieder des Gemeinderates nicht länger entziehen. Der Gemeinderat muss sich in den jetzt beginnenden Haushaltsberatungen das Ziel setzen, bereits für das Jahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, so wie es das NKomVG vorschreibt.

Auch der Landkreis muss nun endlich seiner Aufsichtspflicht gerecht werden. Die jährlich monoton vorgetragenen Ermahnungen an die Adresse des Bürgermeisters und Gemeinderates, „ein strikter Sparkurs und der Schuldenabbau sind unabdingbar“, reichen nicht mehr. Gefordert sind jetzt klare und unmissverständliche Vorgaben.